

Uedem, 14.03.2011

Rede zum Haushalt 2011

(Es gilt das gesprochene Wort)

Jörg Lorenz
Vorsitzender der
SPD-Fraktion Uedem

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es gibt Rituale, die kehren immer wieder. So ist es eine alte Tradition, dass bei Haushaltsreden in Städten und Gemeinden stets die regierenden Parteien in Bund und Land von der jeweils anderen Couleur heftig attackiert werden. Nun fällt das im Moment schwer: In Düsseldorf reagiert rot/grün, in Berlin schwarz/gelb. So könnten sich also alle Fraktionen ihren jeweiligen Sündenbock aussuchen.

Aber: Erstens ist das unergiebig, weil es niemandem nutzt.

Zweitens interessiert das im Grunde auch zumindest außerhalb dieses Saales niemanden wirklich.

Und drittens: Wir sollten uns nicht daran beteiligen, immer den jeweils anderen Parteien Unvermögen - gepaart mit bösem Willen - zu unterstellen.

Alle hier am Tisch wissen zum Beispiel sehr gut, dass es für die jetzt von der Landesregierung vorgenommene Anpassung der Kennzahl für die Soziallasten nicht nur ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes, sondern auch weitere gute Gründe gibt. Und auch der Bund knausert ja nicht aus Spaß und Dollerei mit seinen Steuermitteln, sondern aus nackter Notwendigkeit.

Darum sollten wir uns eher mit der Frage beschäftigen, wie wir mit den Mindereinnahmen zurechtkommen können, statt nach Sündenböcken zu suchen. Und dies insbesondere auch mit Blick auf 2012, wenn die veränderte Kennzahl für die Soziallasten in voller Höhe zur Anwendung kommen wird.

Denn, das ist nun leider wahr: Die Einnahmen Uedems aus Schlüsselzuweisungen sind deutlich niedriger als wir alle uns das gewünscht hatten und auch deutlich niedriger als in den Vorjahren. Sie liegen etwa auf dem Niveau des Jahres 2006.

Die Verwaltung schlägt vor, darauf im Wesentlichen durch eine Verringerung der Ausgleichsrücklage um 630.000 € zu reagieren, und darauf zu verzichten, die Gemeindesteuern, also die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuern A und B auf die Höhe der fiktiven Hebesätze anzuheben.

Zur Erläuterung für unsere Besucherinnen und Besucher: Das Land kalkuliert bei der Berechnung seiner Zuweisungen mit Steuerhebesätzen. So zum Beispiel bei der Gewerbesteuer für 2011 mit 411 vom Hundert. Das heißt: Wir werden so behandelt, als

würden wir 411 v.H. verlangen und damit rund 2.1271.000 Euro einnehmen. Tatsächlich beträgt unser Hebesatz aber 403 und wir erwarten gut 40.000 Euro weniger. Dass gleiche gilt für die Grundsteuern A und B.

Mit einer Anhebung der Hebesätze auf die vom Land kalkulierte Größe ließen sich Mehreinnahmen von etwa 124.000 Euro erzielen und: Die Schlüsselzuweisungen würden entsprechend höher ausfallen.

Es wäre also durchaus erwägenswert, die Gemeindesteuern entsprechend anzuheben. Klar ist aber: Auch diese Entscheidung würde bei Weitem nicht genug einbringen, um den Jahresabschluss ausgeglichen gestalten zu können.

Wir folgen daher dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Hebesätze für 2011 unverändert zu lassen. Wir haben es nämlich nach unserer Einschätzung im Wesentlichen nicht mit einem strukturellen, sondern mit einem konjunkturellen Defizit zu tun. Die Aussichten sind gut, dass die Auswirkungen der Finanzkrise weiter abklingen und die anspringende Konjunktur in den folgenden Jahren zu verbesserten Einnahmen führt. Wir haben außerdem den Eindruck, dass sowohl im Land als auch im Bund verstanden worden ist, dass die Situation der kommunalen Familie nicht noch weiter verschlechtert werden darf, sondern im Gegenteil jetzt endlich spürbare Verbesserungen der Finanzlage dringend notwendig sind. Der zwischen Bundesrat und Bundestag ausgehandelte Kompromiss zum SGB II führt in die richtige Richtung. Bis 2014 werden wir von den – ja auch drastisch steigenden – Kosten für die Grundsicherung im Alter entlastet. Schon 2012 werden die Kosten zu 45 % vom Bund getragen. Auch der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft, also einfach gesagt dem Wohngeld für Hartz IV-Empfänger, soll in den kommenden Jahren steigen.

Das Defizit für 2011 wird noch einmal höher ausfallen, als im eingebrachten Entwurf dargestellt. Die Verschlechterung, wobei man diesen Begriff eigentlich in Anführungszeichen setzen müsste, ist in erster Linie auf die erfolgreiche Vermarktung des neuen Gewerbegebietes Molkereistr. zurückzuführen. Die Vermarktung geht derzeit so schnell, dass der erst für 2013 vorgesehene weitere Ausbau vorgezogen werden konnte – ja musste.

Außerdem soll das Bürgerhaus, statt für die dringend notwendige energetische Sanierung jahrelang zur Baustelle zu werden, bereits 2012 komplett fertig werden. Darum werden schon 2011 erhebliche Planungskosten anfallen. Dies ist aber auch deshalb sinnvoll, weil wir lt. Gutachter insgesamt rd. 75.000 € sparen können gegenüber einer Aufteilung der Gesamtmaßnahme auf 5 Jahre.

Ich erwähnte gerade schon, dass die Erhöhung der Steuern nicht ausreichen würde, um dem Defizit Herr zu werden. Weitere Maßnahmen müssen folgen. Denn: Neue Belastungen werden auf Uedem unvermeidlich zu kommen. Denken wir nur an die energetische Sanierung der gemeindeeigenen Gebäude – allein das Bürgerhaus verschlingt mehr als 1 Million Euro - oder auch perspektivisch an die Entwicklung des Gebietes im Klosterbereich und nicht zuletzt an die Kosten für mehr Personal, die uns sicher bevorstehen.

Hierzu gibt es eine Reihe von Ansätzen:

Zum einen durch Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen. Ein gründlicher Blick in die vom Bürgermeister vorgelegte Liste zeigt durchaus Möglichkeiten, nennenswerte Einsparungen zu erzielen, ohne dabei an Qualität zu verlieren oder sinnvolle Maßnahmen durch kaputt sparen zu verhindern

Kreatives Sparen heißt aber mehr: Es heißt, wir müssen durch Formen interkommunaler Zusammenarbeit Synergien erzielen – darüber reden wir schon seit Jahren. Hier wollen zum Beispiel geprüft wissen, ob Arbeiten, die wir jetzt extern vergeben, nicht auch in einer gemeinsamen Gesellschaft der Kommunen günstiger getan werden können.

Und es müssen auch Standards kritisch hinterfragt werden. Also die Frage beantwortet werden, ob man nicht auch mit geringerem Aufwand angemessene, ausreichende Qualität erreichen kann.

Wir schlagen darum vor, dass noch vor und parallel zur Aufstellung des Haushaltes 2012 durch die Verwaltung eine Arbeitsgruppe des Rates eingesetzt wird, die diese Aufstellung begleitet und beeinflusst. Ziel soll sein, gemeinsame Vorschläge zu Kosteneinsparungen und Einnahmeverbesserungen zu erarbeiten und eine Perspektive für die kommenden Jahre zu entwickeln. Einen ganz ähnlichen Vorschlag hat der Bürgermeister bei der letzten Sitzung des Hauptausschusses gemacht, wir gehen daher davon aus, dass die Verwaltung kooperativ mitwirken wird. Und bevor der Bürgermeister hier wieder einen Urheberrechtsstreit lostritt: Ich habe den anderen Fraktionsvorsitzenden schon vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses berichtet, dass ich hier und heute diesen Vorschlag unterbreiten werde.

Mit Blick auf die Arbeit dieser Gruppe verzichtet die SPD darauf, auch für 2011 wieder konkrete Vorschläge für mögliche Einsparungen vorzuschlagen und zur Abstimmung

zu stellen. Dies soll besser aus einem Guss und gründlich abgewogen für die Folgejahre erarbeitet werden.

Ich möchte noch ein paar Sätze zum Thema NKF sagen. Zunächst: Bei allen kleineren und größeren Problemen bei der konkreten Arbeit mit diesem Instrument – der Ansatz bleibt dennoch richtig. Der Verzehr von Vermögen durch Abnutzung wird sichtbar und zwingt Rat und Verwaltung zu den notwendigen Konsequenzen. Der früher häufiger übliche Verzicht auf dringend notwendige Erhaltungsmaßnahmen zum Zweck des kurzfristigen Haushaltsausgleiches wird mit NKF vermieden, weil er auch kurzfristig keine Vorteile mehr bringt.

Aber damit NKF wirklich seine Wirkung entfalten kann, muss es auch entsprechend genutzt werden. Und damit bin ich bei einem Thema, dass wir Sozialdemokraten schon erledigt wähnten: Auch auf die Gefahr, Sie alle zu langweilen, aber zu einem ordentlichen NKF-Haushalt gehören Ziele und Kennzahlen. Und es ist zumindest irreführend, wenn der Bürgermeister in seinem Vorbericht zum Haushaltssentwurf schreibt, der Rat habe ihn mit zwei Pilotprodukten beauftragt. Herr Bürgermeister: Der Rat hat seine Hausaufgaben gemacht und die strategischen Ziele für unsere Gemeinde in einer intensiven gemeinsamen Arbeit definiert. Sie - die Verwaltung - sollten 2010 mit der Arbeit an den operativen Zielen und Kennzahlen beginnen und zunächst zwei davon erarbeiten. Dies war das Entgegenkommen des Rates, um die Verwaltung nicht zu überfordern. Soll das jetzt für die nächsten Jahre genügen? Warten Sie jetzt auf einen neuen Beschluss, bevor sie vielleicht zwei oder gar drei weitere Produkte bearbeiten? Oder sollen wir uns Jahr für Jahr überraschen lassen, ob es wohl dieses Mal weitere Ziele gibt? Wir erwarten, dass der Haushaltsentwurf 2012 vollständig ist, also auch Ziele und Kennzahlen enthält, oder Sie dem Rat einen Zeitplan zur Beschlussfassung vorlegen, bis wann Sie ihre Arbeit zu erledigen gedenken.

Bei unserer Befassung mit dem Haushaltsentwurf war die Unterstützung durch die Verwaltungsspitze hilfreich, für deren Arbeit wir uns an herzlich bedanken. Wir danken besonders für ihre zeitweise Teilnahme an unserer Klausurtagung und die Beantwortung unserer Fragen auch in schriftlicher Form.

Auf zwei Punkte aus diesen Antworten will ich hier nochmals eingehen.

Zum einen kündigt der Bürgermeister an, in diesem Jahr eine Richtlinie zur Verleihung von Auszeichnungen an Bürgerinnen und Bürger vorzulegen. Wir begrüßen das, wollen aber zur Frage der Urheberschaft klarstellen, dass dies von uns bereits unmittelbar nach der Verleihung des Ehrenrings an unseren früheren Kollegen Bremers gefordert worden ist.

Zum anderen: Die SPD hatte im Zusammenhang mit der Friedhofshalle fehlende Erläuterungen angemahnt. Nun entnehmen wir der Antwort, dass die Verwaltung dies auch weiterhin für überflüssig hält, da die Benutzungsgebühren ja schon vor der Haushaltsverabschiedung beschlossen werden und daher bei der Haushaltsberatung nicht mehr (Zitat aus der Antwort der Verwaltung) „umfassend beraten oder gar geändert werden“. Verehrter Herr Bürgermeister: Wenn die ehrenamtlichen Ratsmitglieder in ihrer Freizeit über Stunden diesen Haushaltsplan von 278 Seiten durcharbeiten und beraten, dann ist das schon eine große Herausforderung für Feierabendpolitiker. Wenn nun zu einem Produkt keine Erläuterungen abgegeben werden, dann verlangen Sie damit von uns, dass wir uns die notwendigen Informationen aus anderen Vorlagen zusammen suchen, wenn wir feststellen wollen, was im Einzelnen hinter den Zahlen steckt. Dabei wäre es für es für die Verwaltung ein leichtes, die Daten in den Haushalt zu kopieren. Selbst in bayrischen Adelskreisen weiß man, wie einfach das ist. Darum wiederholen wir unsere Bitte auch mit Blick auf den Haushalt 2012.

Bei allem verdienten Dank an die Verwaltung, namentlich wie immer vor allem an die Herren Billion und Lenz, müssen wir doch kritisch anmerken, dass die Zahl der Fehler und Irrtümer bei der Haushaltsaufstellung höher ist, als wir das gewöhnt sind und auch höher, als dauerhaft hinnehmbar. Wir hoffen sehr, dass diese Fehler noch der Einführungsphase von NKF zuzurechnen sind.

Und da wir gerade bei Fehlern sind, wende ich mich nochmals an den Bürgermeister: Herr Weber, wir haben uns ja seit Jahren daran gewöhnen müssen, dass Ihnen die Größe fehlt, auch andere Auffassungen oder Darstellungen von Sachverhalten, die nicht mit ihrer Meinung übereinstimmen, einfach mal stehen zu lassen. Aber ihre aktuellen Auseinandersetzungen mit dem Werbering und namentlich mit Heidi Binn in der NRZ sind ausgesprochen peinlich – für Sie und für die Gemeinde Uedem. Sie sollten das wirklich lassen. Und da Sie ja ein großer Freund von Zitaten sind, möchte ich Ihnen

in diesem Zusammenhang ein sogenanntes Mindset ans Herz legen aus der Sammlung von John Naisbitt: „Nutze die Kraft die darin liegt, nicht Recht haben zu müssen.“

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat lange diskutiert, ob sie diesem Haushalt zustimmen soll. Konsequenter wäre gewesen, auch diesem Haushalt die Zustimmung zu verweigern. Wegen der fehlenden Ziele und Kennzahlen, mehr aber noch wegen der Selbstverständlichkeit, mit der der Bürgermeister offenbar meint, darauf auch weiterhin verzichten zu können.

Dennoch haben wir uns dazu durchgerungen, mit Ja zu stimmen. Herr Bürgermeister, missverstehen Sie dieses Ja nicht als Freibrief, sondern eher als Vorschuss, mit dem wir unsere gerade ausgesprochene Einladung unterstreichen wollen. Lassen Sie uns gemeinsam nach Wegen suchen, auch unter schwierigen Bedingungen unsere Gemeinde zu gestalten.

Vielen Dank.